



© DPoG/Stock Adobe

Gewalt und Kriminalität in (und um) Fußballstadien

Liebe Leserinnen und Leser,

wenn es in den vergangenen Wochen ein Ereignis gab, das Polizei, Politik und Bevölkerung gleichermaßen beschäftigte, dann war es sicherlich auch das DFB-Pokalspiel zwischen Waldhof Mannheim und Kaiserslautern mit enormen Ausschreitungen, die eine starke polizeiliche Reaktion erforderten. Etwa 500 pyrotechnische Gegenstände gelangten laut Innenministerium unbemerkt in die Arena: Fackeln, Raketen, Nebeltöpfe. Die traurige Bilanz: 35 verletzte Polizisten, 85 verletzte Besucher.

Bei den Bürgern herrscht völliges Unverständnis. Da betreten Vermummte mit Fackeln und Bengalos das Stadion. Während des Spiels kommt es zu Ausschreitungen, Pyrotechnik wird gezündet.

Zuschauer auf den Tribünen werden angeschossen. Fäuste fliegen, der Platz wird gestürmt. Wie kann so etwas überhaupt passieren?

Medial hatte man das Gefühl, dass kaum über die kriminellen Täter diskutiert oder berichtet wurde. Man nimmt dies in den Medien offensichtlich nur noch temporär zur Kenntnis und wendet sich vielmehr den Fußballvereinen zu. Man disku-

tiert über den Einsatz der Polizei, manche über den Einsatz von Polizeipferden und -hunden. Was kostet der Einsatz, wer bezahlt ihn? Der eine oder andere „Lautsprecher“, der immer zu allem und jedem etwas zu sagen hat, fordert, dass die Vereine an den Kosten zu beteiligen sind.

Klar ist doch, dass wir es hier mit Kriminellen zu tun haben, die mit ihrem Handeln Straftatbestände erfüllen. Und wenn es überhaupt um etwas geht, dann doch darum, dass diese Straftäter gefasst und verurteilt werden. Zumindest nach gesundem Menschenverstand dürfen diese Täter nie mehr die Gelegenheit bekommen, ihr Handeln zu wiederholen.

Ich will die Frage der Kostenbeteiligung gleich am Anfang meines Leitartikels klarstellen: Die DPoG ist und war gegen eine Beteiligung der Vereine im Profifußball an den sogenannten Polizeikosten. Wir waren nie dafür, dass Vereine Polizeikosten tragen. Schon der Präsident des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe hatte den damaligen sachverständigen Zeugen der DPoG, den stellvertretenden Bundesvorsitzenden Ralf Kusterer, vor seiner gerichtlichen Stellungnahme als Befürworter der Gebührenregelung der Hansestadt Bremen begrüßt. Der ebenfalls nach Karlsruhe geladene GdP-Bundesvorsitzende hatte diese Regelung dagegen abgelehnt.

Es ist und bleibt ein Ärgernis, dass Medien, darunter auch der SWR, unter Bezug auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts

INHALT

- 3 9. DPoG-Spätlese
- 4 DPoG-Themen, die bewegen
- 6 Landeskongress der JUNGEN POLIZEI 2026
- 8 Uwe Grandel erneut einstimmig gewählt

(Az.: 1 BvR 548/22) immer wieder von einer Beteiligung der Vereine berichten oder zumindest alte Verlinkungen zu entsprechenden Berichterstattungen nicht bereinigen. Dadurch wird der Eindruck erweckt, Bremen stelle den Fußballvereinen die Polizeikosten in Rechnung. Fakt ist, dass die Hansestadt Bremen zu keinem Zeitpunkt dem Bundesligisten Werder Bremen einen Gebührenbescheid übermittelt hat. Die Gebührenrechnung ging an die DFL (Deutsche Fußball Liga), welche diese Kosten bis zum heutigen Tage – und wir reden unterdessen über Millionenbeträge – nicht an den Verein weitergegeben hat. Daran ändert auch die Meinung einzelner Redakteure oder Reporter nichts. Und wir als DPoLG fordern eine ordentliche, objektive und unverfälschte Berichterstattung ein.

Ich kann mich bei diesem Thema gerne etwas in Rage reden. Ich als Fußballfan verfolge seit Jahren mit meiner Tochter die Heimspiele vor Ort im Stadion. Ich wünsche mir, dass hier der Sport weiterhin oberste Priorität hat und Eltern mit ihren Kindern sorglos und ohne Angst vor Gewalt und Ausschreitungen bei Fußballveranstaltungen dabei sein können.

Bilder, bei denen Vermummte mit Bengalos oder Fackeln ein Stadion betreten, sind ein „No-Go“. Keiner dieser Vermummten darf beim Spiel dabei sein, soweit es überhaupt stattfinden kann. Das ist dann auch reine Polizeiarbeit – nämlich die Verfolgung von Straftaten. Die Frage, wer dafür verantwortlich ist, dass beim Einlass Sicherheitslücken nicht geschlossen wurden, bleibt zweitrangig. Wir könnten uns hier aber gerne über Beihilfe zu Straftaten und andere strafrechtliche Verantwortlichkeiten unterhalten.

Um das Thema Stadionallianzen kommt man dabei natürlich nicht herum. Na ja, mein Vorgänger würde sagen, das war halt ein typischer Strobl. Ralf Kusterer war bei der damaligen Gründung der Stadionallianz und beim Austausch mit den Vereinen und Sozialarbeitern dabei. Noch heute erzählt er davon, wie er sich damals über die unprofessionelle PowerPoint-Präsentation geschämt hat und im Grunde genommen die gereichten „Törtchen“ das Inhaltsreichste der Veranstaltung waren.

Wie der amtierende Innenminister jetzt feststellen musste, war – obwohl sogar eine Studie die Wirkung der Stadionallianzen gelobt hatte – kaum etwas vereinbart und schriftlich verbrieft. Die Vereine haben größtenteils das gemacht, wozu sie ohnehin verpflichtet sind: Gespräche mit der Polizei und dem Ordnungsamt. Eine schriftliche inhaltliche Fixierung der Stadionallianzen gab es vermutlich nicht. Ein Kollege, der bei den landesweiten Treffen zur Stadionallianz dabei war, hatte einmal berichtet: „Da bin ich gemeinsam mit dem Oberbürgermeister und dem Fußballpräsidenten hingefahren. Es war ein eher belangloses, angenehmes Treffen. Aber vielleicht war es ja auch nur bei diesem Treffen so“, lachte er.

Vor wenigen Wochen hatte das Innenministerium im Zusammenhang mit dem Bericht über die Spielsaison erneut über die Stadionallianzen berichtet. Große Erfolge?

Ich habe dem Innenminister gesagt, dass jeder einzelne verletzte Kollege einer zu viel ist. Wir haben kein Verständnis dafür, wenn in den Medien ein Rückgang auf 91 verletzte Polizeibeamte als Erfolg verkauft wird. Das ist kein Erfolg – das ist ein Problem!

Wir sind nach wie vor der Auffassung, dass eine Gebührenregelung wie in Bremen Sinn macht: Bei kommerziellen Veranstaltungen mit mehr als 5 000 Besuchern werden Gebühren nur für einen erhöhten Aufwand bei sogenannten Hochrisikospiele erhoben. Diese Einnahmen fließen übrigens in die Staatskasse und können damit auch der Polizei zugutekommen.

Der Mut dazu fehlte bislang. Nach Bremen arbeitet auch das von der SPD geführte Saarland an einer Gebührenregelung. In Baden-Württemberg soll eine Rechtsgrundlage für eine Ordnungswidrigkeit geschaffen werden. Fußballvereinen drohen bei Verstößen gegen Sicherheitskonzepte Bußgelder von bis zu 100 000 Euro. Eine entsprechende Rechtsgrundlage zur Ahndung solcher Verstöße soll schnell geschaffen werden. Nach Medienberichten sollen Verstöße gegen vereinbarte Vorgaben die Grundlage bilden. Spannend wird sein, welche das sein werden und wie die gesetzliche Regelung dafür aussieht. In einigen Medien war von Regelungen in der Versammlungsstättenverordnung (VStättVO) die Rede.

Ich bin skeptisch, lasse mich aber gerne überraschen, wie dann die zuständige Stadt gegenüber ihrem ansässigen Verein Bußgelder festlegt und mit welchen umfangreichen Ermittlungen – von wem auch immer – ein Verstoß nachgewiesen werden soll.

Das Thema wird uns sicher noch lange begleiten. Man tut gut daran, die Gewährleistung der Sicherheit sowie die Verfolgung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten von der Gebührenfrage zu trennen.

Eines ist aber sicher: Der „älteren“ Rentnerin mit geringstem Einkommen verlangt man für den gesetzlich vorgeschriebenen Personalausweis eine Gebühr von mehr als 50 Euro ab. Die Deutsche Fußball Liga, die übrigens alle sicherheitsrelevanten Themen wie beispielsweise Spielzeiten und Spielorte regelt – vielleicht auch mit Blick auf die Maximierung der Einnahmen? – und Milliardenumsätze mit höchsten Gewinnen erzielt, bleibt dagegen außer in Bremen von Gebühren verschont.

Die Zeche bezahlt der Bürger und schlimmstenfalls die Polizei-beschäftigten mit ihrer Gesundheit.



Dirk Preis

*Ihr/euer
Dirk Preis*

9. DPolG-Spätlese

Bevor die Sommerferien zu Ende gingen und der Politikbetrieb in Stuttgart wieder startete, fand auf dem Stuttgarter Weindorf die traditionelle DPolG-Spätlese statt – in diesem Jahr bereits zum 9. Mal.

In entspannter Atmosphäre trafen sich Verantwortliche aus Politik und Polizei, Medienvertreter und Wirtschaftspartner mit Mandats-trägern der DPolG zum persönlichen Austausch. Gerade der offene Dialog jenseits des dienstlichen Alltags bot die Gelegenheit, aktu-

elle Herausforderungen, gemeinsame Ziele und neue Impulse miteinander zu diskutieren, bestehende Kontakte zu pflegen und neue zu knüpfen.

Mit dabei waren zahlreiche Mitglieder der Regierungsfractionen, Minister, Staatssekretäre sowie Vertreter der Parteien und Institutionen. Auch der Stuttgarter Oberbürgermeister folgte, wie bereits in den vergangenen Jahren, der Einladung.



DPoIG-Themen, die bewegen

Zahlreiche Themen stehen seit Jahren auf der Agenda der DPoIG und werden immer wieder mit den Entscheidungsträgern diskutiert und vorangebracht. Nachfolgend geben einige DPoIG-Mandatsträger Auskunft über die aktuellen Entwicklungen und Sachstände.

Vereinbarkeit von Beruf und Familie beim PP Einsatz

Aufgrund unregelmäßiger Arbeitszeiten ist die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für große Teile der Beschäftigten des Polizeipräsidiums Einsatz eingeschränkt. Dazu Jürgen Engel, stellvertretender Landesvorsitzender: „Zumindest in ersten Teilschritten konnten leichte Verbesserungen erzielt werden. Zufrieden sind wir noch lange nicht, denn bei Verbesserungen der Arbeitszeitmodelle haben uns der Rechnungshof und das LPP teilweise blockiert!“



© DPoIG (7)

Jürgen Engel

Gleichmäßigere Verteilung der Einsätze ist nicht alles: Einsätze werden zwar planerisch ausgewogener auf die Standorte Göppingen, Bruchsal und Umrkirch verteilt, was zu einer Entlastung einzelner Standorte sowie zu einer gerechteren Aufgabenzuweisung beiträgt. Allerdings benötigen die stehenden Einheiten ein flexibleres und individuelleres Arbeitszeitmodell. Wir fordern daher die Einführung des sogenannten Abrechnungsmodells, welches die unechte Mehrarbeit reduziert und gleichzeitig die echte Mehrarbeit auszahlungsfähig erhält. Bedingung: Das Wochenende bleibt Mehrarbeit – und zwar solange, bis die stehenden geschlossenen Einheiten der Regionalpräsidien und der Bereitschaftspolizei eine Erschwerniszulage bekommen. Wir brauchen ein Planungssystem, das neben den Diensten auch die verlässliche Planung der Freizeit und die Gewähr für die Erholungszeit mit sich bringt.

Arbeitszeitmodelle im PP Einsatz

Im Grunde wird seit Jahrzehnten an Arbeitszeitmodellen gearbeitet. Steffen Zellmer vom Kreisverband PP Einsatz Göppingen: „Die aktuellen Arbeitszeitmodelle, darunter auch Schichtdienstmodelle, wenn man die überhaupt als solche bezeichnen kann, sind nicht familienfreundlich. Aus Personalmangel brechen uns bei der Wasserschutzpolizei immer wieder die Schichtdienstmodelle zusammen. Die im Land angewandten Grundmodelle



Steffen Zellmer

sind aus unserer Sicht längst reformbedürftig. Unsere Vorschläge wurden bisher zurückgestellt.“ Eine ganzheitliche Lösung wurde durch Zurückstellung vom Innenministerium ausgebremst. Für die Freigabe und Umsetzung kreativer Lösungen der Dienststellen scheint es am politischen Willen zu fehlen.

Wochenarbeitszeit

Die 41-Stunden-Woche stellt eine hohe Arbeitsbelastung dar und mindert die Attraktivität des Polizeiberufs im Vergleich zu anderen Arbeitgebern.

„Für die Deutsche Polizeigewerkschaft ist das ein Ärgernis“, so Christian Stemmler, stellvertretender Landesvorsitzender. „Zuletzt sah es danach aus, dass man bei schwerbehinderten und lebensälteren Kolleginnen und Kollegen einen Teilerfolg erzielen könnte. Das war vor den Landtagswahlen. Es sieht jetzt nicht danach aus, dass wir hier schnell einen Erfolg erzielen.“



Christian Stemmler

Die wöchentliche Arbeitszeit aller Beamtinnen und Beamten des Landes wird durch die Arbeitszeit- und Urlaubsverordnung der Landesregierung (AzUVO) geregelt. Die DPoIG sieht durchaus Möglichkeiten für gesonderte Regelungen für Polizistinnen und Polizisten, etwa beginnend in den operativen Organisationseinheiten. Nur wer das nicht will, redet immer wieder davon, dass man die Arbeitszeit bei „allen“ Beamten ändern müsste.

Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie liegt der DPoIG am Herzen. Dazu Michaela Abele, Vorsitzende des Kreisverbandes Ostalb und Personalratsvorsitzende in Aalen: „Eine Zertifizierung oder eine Urkunde reicht nicht aus. Wir haben viel erreicht, aber es gibt auch noch viel zu tun.“

Durch die Fortschreibung der DV Homeoffice gibt es mehr Möglichkeiten für Beschäftigte, im Homeoffice zu arbeiten.



Michaela Abele

Die Einführung des VPN-Tunnels und die Erhöhung des Laptop-Anteils werden auch in den kommenden Jahren kontinuierlich dazu beitragen, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern. Beispielsweise können Teilzeitbeschäftigte dadurch ihren Beschäftigungsumfang erhöhen.

Zudem bietet die im April 2025 landesweit eingeführte Organisationseinheit Zentrale Ermittlungen die Möglichkeit, große Teile der Arbeitszeit innerhalb erweiterter Arbeitszeitkorridore standortunabhängig zu erbringen.

Michaela Abele weiter: „Teilzeit allein ist keine Lösung. Insbesondere Frauen verlieren dadurch einen nicht unerheblichen Teil ihrer Altersversorgung. Wer dauerhaft in Teilzeit arbeitet, erhält auch nur einen Teil der Versorgung. Oft kommt erst im fortgeschrittenen Alter das böse Erwachen. Wenn dann noch eine Trennung hinzukommt, der Versorgungsausgleich aber erst mit dem 67. Lebensjahr wirksam wird, ist das für viele existenzbedrohend.“

BGM-Maßnahmen

Maßnahmen des betrieblichen Gesundheitsmanagements entsprechen oft nicht dem, was von den Beschäftigten gewünscht wird. Angebote wie Hansefit, wie sie teilweise in Ministerien gewährt werden, oder Wellpass werden bei der Polizei nicht bezuschusst. Auch die Versteuerung finanzieller Unterstützungen ist kaum verständlich.

Marcus Haider, Bezirksvorsitzender Ravensburg: „Wir müssen Möglichkeiten schaffen, um weniger Sportbegeisterte zu motivieren und mit zahlreichen Angeboten zu unterstützen, und auf der anderen Seite sportbegeisterten Beschäftigten Rahmenbedingungen zu bieten, die eine Weiterentwicklung ermöglichen.“

In einem landesweiten Projekt wurden Empfehlungen für die Einführung eines einheitlichen und strukturierten BGM erarbeitet. Auf Grundlage dieser Empfehlungen erarbeitete das IM-LPP unter Beteiligung der DuE zwei Rahmenkonzeptionen, um das BGM entsprechend den Vorgaben des Wirtschaftsministeriums insgesamt zu vereinheitlichen und weiterzuentwickeln.



Marcus Haider

Büroausstattungen

Die Büroausstattung ist oft veraltet, die Anzahl ergonomischer Möbel wie beispielsweise höhenverstellbarer Schreibtische zu gering. Nur wenige Polizeipräsidien verfügen hier über eine umfangreiche Ausstattung.

„Für unsere Mitglieder ist es ein absolutes Ärgernis, dass Arbeitsplätze nicht den neuesten Standards entsprechen“, so Matthias Schmitt, Kreisvorsitzender Heilbronn. „Manchmal schämt man sich. Weder die Funktionalität noch die Gesundheit scheinen eine Rolle zu spielen.“

Das jährliche zentrale Budget für Büroausstattung reicht nicht aus, um alle Bedarfe gleichzeitig abzudecken. Vorgesehen ist deshalb eine schrittweise Modernisierung. Das hierfür benötigte Budget soll in den kommenden Jahren fortgeschrieben werden. Jährlich werden bis zu 1,8 Millionen Euro an zentralen Haushaltsmitteln (sogenannte Nutzerkosten) bereitgestellt. Bei der Vielzahl an Haushaltsbedarfen fällt das Thema Büroausstattung jedoch leider zu oft unter den Tisch.

Klimatisierung

Die Büroräume in den Dienstgebäuden sind kaum oder gar nicht klimatisiert, wodurch das Arbeiten insbesondere im Sommer erschwert wird.

„Wenn die Möglichkeiten für viele Kolleginnen und Kollegen beim Arbeiten im Freien schon nicht viel Spielraum bieten, dann muss doch zumindest beim Arbeiten in Gebäuden eine gute Klimatisierung möglich sein“, meint Peter Vietz, Bezirksvorsitzender Ulm.

Nach Mitteilung des Innenministeriums ist seitens der Bauverwaltung derzeit keine zusätzliche Klimatisierung bestehender Dienstgebäude vorgesehen. Dort hält man sich an veraltete, aber noch geltende arbeitsstättenrechtliche Vorgaben sowie an die energie- und klimabezogenen Regelungen des Landes Baden-Württemberg, die Klimatisierungsmaßnahmen nur in eng begrenzten Ausnahmefällen zulassen.

Zwar will sich das IM-LPP für eine stärkere bauliche Berücksichtigung der Hitzebelastung und eine Anpassung der diesbezüglich geltenden Vorgaben einsetzen. Eine schnelle Lösung ist jedoch nicht absehbar.



Matthias Schmitt



Peter Vietz

Fortsetzung folgt ...

IMPRESSUM

Redaktion:
Jörg Kluge (V. i. S. d. P.)
Telefon: +49.172.1397377
E-Mail: Joerg.Kluge@dpog-bw.de
Landesgeschäftsstelle:
Kernerstraße 5, 70182 Stuttgart
Tel.: 0711.9979474-0
Fax: 0711.9979474-20
E-Mail: info@dpog-bw.de
Internet: www.dpog-bw.de
ISSN 0723-1830



Landeskongress der JUNGEN POLIZEI 2026

Neue Landesjugendleitung gewählt

Am 17. September 2026 trafen sich über 40 Delegierte aus den Bezirksverbänden der JUNGEN POLIZEI in Böblingen zum Landeskongress 2026. Die JUNGЕ POLIZEI Baden-Württemberg ist mit 9 000 Mitgliedern bis zum 30. Lebensjahr die größte gewerkschaftspolitische Nachwuchsorganisation im Süden Deutschlands.



Innerhalb der Deutschen Polizeigewerkschaft wird die JUNGЕ POLIZEI gerne als „Abteilung Zukunft“ bezeichnet. Es war eine schöne Geste des Leiters des Instituts für Fortbildung der HfPol BW, Ltd. PR Volker Walter, die Teilnehmenden des Landeskongresses persönlich im Säulensaal zu begrüßen und zum Ausdruck zu bringen, dass er gerne Gastgeber dieser wichtigen Veranstaltung sei.

Es war ein ganz besonderer Kongress in der langen, fast 70-jährigen Geschichte der JUNGЕ POLIZEI. Der DPoIG-Landesvorsitzende Dirk Preis hatte mit Unterstützung der Landesgeschäftsstelle den Kongress vorbereitet und im Grunde genommen sogar für den Mandatsträgernachwuchs geworben. Er selbst war in jüngeren Jahren in der JUNGЕ POLIZEI aktiv und es lag ihm am Herzen, dass nach jahrelangem Hin und Her all diejenigen, die in den Kreis- und Bezirksverbänden aktive Jugend- und Nachwuchsarbeit leisten, auch wieder eine funktionierende und motivierte Landesvertretung bekommen.

Und so war es Dirk Preis, der den Landeskongress der JUNGЕ POLIZEI eröffnete und die ersten Abstimmungen zur Tages- und Geschäftsordnung durchführte. Für die Tagungsleitung konnten Leon Dambach (JUNGЕ POLIZEI Stuttgart) und die Bezirksvorsitzen-

de der JUNGЕ POLIZEI Pforzheim, Carolin Keller, gewonnen werden. Beide wurden für diese Aufgabe einstimmig gewählt.

Es folgte das übliche Prozedere eines solchen Kongresses, das unaufgeregt und mit den erforderlichen Mehrheiten abgearbeitet





wurde: Geschäftsbericht, Aussprache zum Geschäftsbericht und Entlastung. Im Grunde feierten alle auf den wohl wichtigsten Tagesordnungspunkt hin: die Neuwahlen. Hierzu wurden eine Wahlordnung verabschiedet, eine Mandatsprüfung durchgeführt und eine Wahlkommission gewählt. Die Leitung der Wahlen übernahm der Vertreter der JUNGEN POLIZEI im Kreisverband Waldshut-Tiengen, Finn Tanner. Unterstützt wurde er vom Bezirksvorsitzenden der JUNGEN POLIZEI Freiburg, Tim Blass, und der Vertreterin der JUNGEN POLIZEI im Kreisverband Mannheim, Nina Bonath.

maligen Mandatsträgern der JUNGEN POLIZEI, der Tagungsleitung, der Wahlkommission und nicht zuletzt dem DPoG-Bezirksvorsitzenden Pforzheim, Uwe Grandel, der mit großem Zeitaufwand dafür sorgte, dass der Böblinger Säulensaal als Veranstaltungstätte der DPoG zur Geltung kam.

Ein herzliches Dankeschön ging auch an Dirk Preis, an die Landesgeschäftsstelle für deren umfangreiche Unterstützung und last, but not least an das Institut für Fortbildung, das sich als herausragender Gastgeber erwies.



Mit überragenden Ergebnissen wurden gewählt:

- Landesvorsitzender: Fabian Filser
- 1. Stellvertreter: Leon Dambach
- Stellvertreterin: Kim Winkler
- Stellvertreter: Niklas Röckert
- Stellvertreter: Marco Martins Morgado

Mit diesen Wahlen wurde der Startschuss für eine zukunftsfähige Jugend- und Nachwuchsarbeit auf Landesebene gegeben: junge Mitglieder für die Interessen der jüngeren Mitglieder. Man spürt der neuen Mannschaft die hohe Motivation und die Bereitschaft an, neue Wege zu gehen, vor allem aber, Spaß an der Jugend- und Nachwuchsarbeit der Deutschen Polizeigewerkschaft zu haben.

Zu den ersten Gratulanten gehörten der Landesvorsitzende Dirk Preis sowie die Landesgeschäftsführerin und Justiziarin Sarah Leinert. Zum Abschluss fand der neu gewählte Landesvorsitzende Fabian Filser herzliche Worte des Dankes. Sein Dank galt den ehe-





Bezirkstagung Pforzheim tagt in Wildberg

Uwe Grandel erneut einstimmig gewählt

Am 16. September 2026 fand im DPoLG-Stammlokal, dem Hotel Krone in Wildberg, die Bezirkstagung der DPoLG im Polizeipräsidium Pforzheim statt. Nicht ganz die geografische Mitte, aber dennoch für die Delegierten gut erreichbar.

Der Bezirksvorsitzende Uwe Grandel freute sich über die Teilnahme zahlreicher Gäste, die mit ihren Redebeiträgen die Veranstaltung bereicherten. Ein Pflichttermin, aber sicherlich auch eine Freude war die Veranstaltung für den DPoLG-Landesvorsitzenden Dirk Preis sowie die Landesgeschäftsführerin und Justiziarin Sarah Leinert. Von der DPoLG Dienstleistungs GmbH war deren Geschäftsführer Oliver Auras aus Eislingen gekommen. Mit dabei war auch der Geschäftsführer der DPoLG Service GmbH, Alexander Grimm, der die neuesten Informationen rund um die Produkte und besondere Angebote – natürlich auch aus dem Handy-Portfolio – präsentierte.

Dirk Preis berichtete über aktuelle berufspolitische Entwicklungen und hatte damit die volle Aufmerksamkeit der DPoLG-Mandatsträger. Das galt auch für durchaus strittige Themen innerhalb des Polizeipräsidiiums Pforzheim.

Uwe Grandel konnte in seinem Geschäftsbericht nicht nur auf erfolgreiche, sondern auf die erfolgreichsten Jahre in der Geschichte des Bezirksverbands Pforzheim zurückblicken. Dabei wissen die Delegierten, dass Uwe Grandel seinem leider viel zu früh verstorbenen Vorgänger Wolfgang Schick noch heute für dessen Aufbauarbeit – auch im Bezirksverband Karlsruhe – äußerst dankbar ist.

Zahlreiche Wahlen standen auf der Tagesordnung, bei denen die in der Regel einstimmigen Ergebnisse die gute Reputation der Kandidaten unterstrichen:



Uwe Grandel

© DPoLG (5)

Bezirksvorsitzender:	Uwe Grandel
Stellvertretender Bezirksvorsitzender:	Ullrich Arzt
Stellvertretender Bezirksvorsitzender:	Stephen Heinrich
Bezirkstarifbeauftragter:	Yves Holzmüller
Bezirksfrauenbeauftragte:	Samira Moccia
Stellvertretender Bezirksfrauenbeauftragte:	Kim Winkler
Bezirksseniorenbeauftragter:	Norbert Kreis
Stellvertretender Bezirksseniorenbeauftragter:	Ralph Schmidt
Bezirksvorsitzender JUNGE POLIZEI:	Marco Martins Morgado
Stellvertretender Bezirksvorsitzende JUNGE POLIZEI:	Carolin Keller



Oliver Auras



Dirk Preis, Sarah Leinert



Alexander Grimm